

Beschluss des SPD-Landesparteitages in Mittenwalde, 18.03.2000

„Soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert“

Die Kommission „Soziale Gerechtigkeit und Moderne“ hat den Auftrag erhalten, ein Thesenpapier zur „sozialen Gerechtigkeit in einer sich globalisierenden Wirtschaft“ zu erarbeiten. Im Zentrum der Diskussion standen Ansätze für eine aktivierende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie die Auseinandersetzung über zukünftige Finanzierungsmodelle sozialer Sicherungssysteme. Aber auch Anforderungen an bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Strukturen sind Gegenstand der Erörterung.

Aus dem Auftrag an die Kommission ergibt sich, dass unter Berücksichtigung des vorgegebenen Umfangs (etwa fünf Seiten) spezifische und detaillierte Aussagen zu Brandenburg kaum möglich sind. Die Kommission ist jedoch der Auffassung, dass viele der anstehenden Probleme den ostdeutschen Bundesländern gemeinsam sind und dass Lösungen in vielen Fällen ohnehin auf Bundesebene zu finden sind.

Zentrale Forderungen der brandenburgischen SPD sind:

1. Schaffung von Arbeit
Durch gezielte Bildungs- und Qualifizierungsoffensiven, die Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung und die Förderung von Existenzgründungen sollen die individuellen Zugangsvoraussetzungen für den ersten Arbeitsmarkt erhöht und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
2. Die Einkommensangleichung bis zum Jahr 2004
Die fehlende Angleichung der Einkommen in Ostdeutschland wird von der Bevölkerung als besondere Benachteiligung empfunden. Spätestens bis zum Jahr 2004 muss die Angleichung an das westdeutsche Niveau schrittweise erreicht sein.
3. Die Sicherung des Mitbestimmungsrechtes für Arbeitnehmer
Es ist Anliegen sozialdemokratischer Politik in Brandenburg, aktiv an der Durchsetzung der Rechte der Arbeitnehmer mitzuwirken und sie zu ermutigen, diese Rechte auch wahrzunehmen und einzufordern.
4. Die armutsfeste und auf Dauer angelegte Reformierung des Rentensystems
Dieses sollte auf den drei Säulen Gesetzliche Rentenversicherung einschließlich einer sozialen Grundsicherung, betrieblicher Alterssicherung und privater Vorsorge basieren
5. Die Förderung von Vermögensbildung speziell für Ostdeutschland
Private Vermögen helfen, soziale Unsicherheiten abzufedern. Die Bildung von privaten Vermögen – insbesondere Wohneigentum - muss gezielt gefördert werden. Hierzu sind eigenständige Programme für Ostdeutschland zu entwickeln.
6. Gesundheitspolitik
Eine Gesundheitspolitik, die den Patienten die notwendige medizinische Versorgung sichert, ohne die Beitragszahler zu stark zu belasten, muss die zukünftigen Finanzierungsmöglichkeiten sehen und Leistungen gerecht verteilen.
7. Politik für Kinder.
Eine kinderfreundliche Politik muss so ausgerichtet sein, dass Kinder eine gesicherte Zukunft in der Familie und Gesellschaft haben.

Soziale Gerechtigkeit in einer sich globalisierenden Gesellschaft

1. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind zeitlose sozialdemokratische Grundwerte. Freiheit ist nicht die neoliberal verkürzte Wahlfreiheit des Konsumenten, sondern die Chance zur Entfaltung der individuellen Fähigkeiten eines jeden einzelnen und zur Gestaltung der Gesellschaft. Freiheit ist aber auch das Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten und von Not. In Not Geratene bedürfen der Solidarität, des gemeinsamen Handelns anderer, um ihre Notlage zu überwinden. Erst dann wird gesellschaftliche Teilhabe möglich. Die Wahrnehmung individueller Chancen setzt aber auch ein Mindestmaß an Gleichheit der Lebensbedingungen voraus. Ohne wohlverstandene Freiheit, Gleichheit und Solidarität ist Gerechtigkeit nicht denkbar. Soziale Gerechtigkeit in einer sich globalisierenden Wirtschaft bedeutet nach wie vor Chancengleichheit, sozialer Ausgleich und Hilfe für diejenigen, die sich nicht selbst helfen können.

2. Die Lebensbedingungen in Ostdeutschland sind wesentlich von den Folgen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion geprägt, deren Ziel die zügige Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland war. Gerade im Vergleich zu anderen östlichen Transformationsgesellschaften sind die Erfolge dieser Politik unübersehbar. Allerdings ist eine umfassende Angleichung der Lebensverhältnisse auch zehn Jahre nach der deutsch-deutschen Vereinigung nicht gelungen; die erstrebte Angleichung blieb unvollständig:
 - Die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern ist doppelt so hoch wie in den alten,
 - Das durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen beträgt nur gut 70 % der westdeutschen,
 - Das durchschnittliche Pro-Kopf-Vermögen in Ostdeutschland beläuft sich auf etwa $\frac{1}{4}$ der westdeutschen,
 - Die Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland zeichnet sich vor allem durch das Fehlen einer tragfähigen industriellen Basis aus,
 - Ostdeutschland ist und bleibt auch in den nächsten Jahren von westdeutschen Transfers abhängig.

3. Vor diesem Hintergrund beteiligen sich Brandenburgs Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten am Diskurs der europäischen Sozialdemokratie über soziale Gerechtigkeit in der sich globalisierenden Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Der Prozess der Globalisierung von Information, Ökonomie, Handel und Kapitalverkehr bietet große Chancen für Fortschritt und Entwicklung. Er birgt aber auch Risiken: Teile der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen sind nationalstaatlichen Einflussmöglichkeiten entzogen, wodurch sich die Machtverhältnisse zwischen Staat und Privatwirtschaft verschieben. Es entsteht z.B. die Möglichkeit eines Steuersenkungswettlaufs, der die nationalstaatliche Finanzbasis bedroht. Die Liberalisierung der Finanzmärkte begünstigt

Spekulationen in großem Stil, die zu Krisen ganzer Regionen führen können. Hier gilt es das Primat der Politik durch international abgestimmte Regulierungen sicherzustellen. Die Europäische Union spielt in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle, vor allem, wenn sie sich zukünftig stärker als bisher an den Grundsätzen der Bürgernähe, Subsidiarität, Demokratie und des sozialen Ausgleichs orientiert. Dazu ist das Europäische Parlament zu stärken, und die unverzügliche Verwirklichung der europäischen Sozialunion ist das Gebot der Stunde. Der Ruf nach immer mehr Markt bei Tendenz zum Minimalstaat ist ein Irrweg. Aber auch ein allzuständiger Staat wird den Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht. Für Sozialdemokraten ist eine gerechte Gesellschaft eine, die allen Menschen die Teilhabe an den Lebensmöglichkeiten der Gesellschaft gewährleistet. Dazu gehört ein ausgewogenes Verhältnis öffentlicher und privater Daseinsvorsorge. Soziale Gerechtigkeit hat auch eine persönliche Komponente. Aktive Sozialpolitik ist darauf angewiesen, die Leistungen bedarfsgerecht und zielgenau zu erbringen. Ansprüche auf Sozialtransfers beinhalten auch Pflichten. An die Gewährung der Leistungen sind daher entsprechende Anforderungen zu knüpfen (Bereitschaft zur Arbeit und Qualifizierung).

4. Die Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung ist innerhalb Ostdeutschlands regional unterschiedlich und muss unterschiedlich bewertet und gefördert werden. Um die industriellen Zentren ist in Ostdeutschland eine hochmoderne Dienstleistungsstruktur entstanden, die ein qualifiziertes Arbeitskräfteangebot benötigt. In den entfernten Bereichen ist die (agro-) industrielle Basis zusammengebrochen und neue Beschäftigungsfelder konnten unter Marktbedingungen nur ansatzweise geschaffen werden. Staatliche und staatlich finanzierte Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen sind hier die wesentlichen Beschäftigungsträger. Das hat direkt Auswirkung auf die Lebensverhältnisse in den einzelnen Regionen. Gibt es in wirtschaftlich starken Regionen ein mit Westdeutschland vergleichbares Wohlstandsniveau, so bieten strukturschwache Gebiete wie auch in Brandenburg nur eingeschränkte Beschäftigungs- und Lebensperspektiven. Gerade hier ist der Staat zur Krisenintervention beim Erhalt grundlegender Wirtschaftsstrukturen verpflichtet.
5. Sozialdemokratische Politik hat in Ostdeutschland die wesentliche Aufgabe, die infrastrukturellen Voraussetzungen für ein gleichmäßiges und territorial umfassendes Arbeitsplätzeangebot zu schaffen und dort, wo dies auf absehbare Zeit nicht realisierbar ist, den Menschen staatliche Hilfsangebote bei der Arbeitsplatzsuche, Qualifizierung und auf dem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt zu unterbreiten.
6. Auch wenn die Angleichung der Lebensverhältnisse an das westdeutsche Niveau in Ostdeutschland weit fortgeschritten ist, so ist sie doch in manchen Bereichen unvollständig geblieben. Dies betrifft insbesondere die Beteiligung am Erwerbsleben. Daher sind für das Zustandekommen sozialer Gerechtigkeit in den neuen Bundesländern die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, insbesondere

der Jugendarbeitslosigkeit, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Verbesserung der Zugänge in das Erwerbsleben und eine umfassende soziale Sicherung wesentlich.

Die zukünftige Finanzierung der sozialen Gerechtigkeit

7. Bereits vor der Wiedervereinigung wurde in Westdeutschland deutlich, dass die bestehenden Systeme zur Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit grundlegend reformbedürftig waren, weil sie den zukünftigen Herausforderungen in unveränderter Form nicht mehr gerecht wurden. Die inzwischen vielfältig veränderten Rahmenbedingungen haben diese Notwendigkeit noch massiv verstärkt. Der notwendige Umbau des Sozialstaats muss davon ausgehen, dass nur ein Sozialstaat, der breite Bevölkerungskreise umfasst, die notwendige Legitimations- und Finanzierungsbasis erhält, um sozialen Sicherungsbedarf wirklich entsprechen zu können. Die Reduktion von Sozialpolitik auf Armenhilfe ist kein sozialdemokratisches Rezept; sozialdemokratische Sozialpolitik wirkt präventiv. Das gilt im besonderen Maße für eine kinderfreundliche Familienpolitik.

8. Beschäftigungspolitik
 - 8.1 Gerade in Ostdeutschland ist eine Wirtschaftspolitik, die durch sinnvolle Kombination von nachfrage- und angebotsorientierten Maßnahmen auf nachhaltiges Wachstum zielt, unverzichtbar. Neben der Entwicklung der industriellen Kerne kommt der Förderung innovativer Technologien hier eine besondere Bedeutung zu. Kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen sollen insbesondere auch wegen ihres Beitrags zur Stabilisierung von Beschäftigung besonders unterstützt werden.

 - 8.2 Da Automatisierung und Rationalisierung auch weiterhin zu einer Reduzierung des menschlichen Arbeitsvolumens führen werden, ist eine umfassende Politik der Arbeitsumverteilung nötig, die alle zur Verfügung stehenden Instrumente berücksichtigt: Arbeitszeitverkürzung (der Lebens-, Jahres-, Wochenarbeitszeit), Teilzeitarbeit einschließlich Altersteilzeit und Teilzeit statt Entlassung, Umwandlung von Schicht-, Nachtarbeits- und Wochenendzuschlägen in Freizeit, Abbau von Überstunden, Möglichkeit von erwerbsarbeitsfreien Familienphasen und Sabbatjahre, Verknüpfung von Arbeit und Weiterbildung (z. B. Job-Rotation). Bei der Ausgestaltung der verschiedenen Formen der Arbeitsumverteilung kommt es jeweils darauf an, dass eine nicht diskriminierende arbeits- und sozialrechtliche Regulierung erfolgt.

 - 8.3 Absehbar bleibt aber auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik unabdingbar. Zum einen geht es um Angebote zur Integration benachteiligter Zielgruppen wie Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Behinderte und gesundheitlich

beeinträchtigte Arbeitnehmer, Berufsrückkehrer/-innen sowie ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Zum anderen sollen entsprechend der Devise, Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, auch zukünftig alle Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Arbeit genutzt werden (ABM, SAM, Arbeit statt Sozialhilfe, Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit). Die Sicherung der beruflichen Erstausbildung genießt absolute Priorität. Dabei sind auch Betriebe, die nicht oder unterdurchschnittlich ausbilden, in die Pflicht zu nehmen. Die Chancengleichheit von Frauen ist verbindlich zu wahren.

- 8.4 Eine Frage der Gerechtigkeit ist es auch, die Lasten dieses Prozesses entsprechend der jeweiligen Leistungsmöglichkeit von Bürgern und Unternehmen zu verteilen. Private und betriebliche Vermögen sollten durch geeignete steuerliche Vorschriften in eine auf mehr Beschäftigung zielende Politik einbezogen werden.

Im Hinblick auf die Unternehmensbesteuerung muss Steuerpolitik darauf gerichtet sein, günstige Bedingungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen im Inland zu schaffen. Ziel muss auch sein, die nur von wenigen nutzbaren Ausnahmetatbestände des Steuerrechts zurückzuführen und die so frei werdenden Mittel zur Erhöhung von Freibeträgen und zur Senkung von Steuersätzen insbesondere im Eingangsbereich der Besteuerung einzusetzen. Dies schafft mehr Steuergerechtigkeit und ist zugleich wesentliche Voraussetzung dafür, dass die gesellschaftliche Akzeptanz des Steuersystems erhalten bleiben und gestärkt werden kann.

Reformen für eine aktivierende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

9. Soziale Sicherung wird künftig stärker als heute auf mehreren Säulen aufbauen. Neben den Sozialversicherungen, die die wichtigste Säule des Systems sozialer Sicherung bleiben, müssen die Unternehmen ihrer Verantwortung für eine betriebliche Vorsorge gerecht werden. Schließlich muss auch die private Vorsorge zu einer eigenständigen Säule der sozialen Sicherung entwickelt werden. Die Bezieher niedriger Einkommen sind durch staatliche Förderung in die Lage zu versetzen, entsprechende Vorsorgemaßnahmen ergreifen zu können.
10. Das Alterssicherungssystem muss unter Einbeziehung einer sozialen Grundsicherung armutsfest weiter entwickelt werden. Die ausschließliche Anknüpfung an das Normalarbeitsverhältnis erscheint angesichts des Wandels in der Arbeits- und Wirtschaftswelt nicht mehr zukunftsfähig. Die Rentenversicherung sollte daher zu einer Versicherung für alle, auch Beamte und Selbständige, ausgeweitet werden, die ein angemessenes Grundversorgungsniveau für alle gewährleistet. Sie ist durch betriebliche und private Altersvorsorge zu ergänzen.

11. Die gesetzliche Krankenversicherung ist so zu reformieren, dass sie ihren solidarischen Charakter nicht verliert. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau der medizinischen Versorgung in Ostdeutschland erfordert darüber hinaus die schrittweise Einführung eines gesamtdeutschen Risikostrukturausgleichs, die Aufhebung der getrennten Rechtskreise zwischen Ost- und Westdeutschland und die Entschuldung der ostdeutschen Krankenkassen. Eine umfassende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung muss für alle gewährleistet bleiben.
12. Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren ist die Leitmaxime einer modernen Arbeitsmarktpolitik. Lohnersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit bzw. Leistungen zum Lebensunterhalt der Sozialämter sollen so umfangreich wie möglich für die Finanzierung von Arbeit aktiviert werden.
- Die Errichtung eines Niedriglohnsektors lehnen wir ab, da Lohn- und Sozialdumping keine sozialdemokratische Beschäftigungsstrategie ist.
- Die Regelungen zur Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sollen überprüft werden, um ein aufeinander abgestimmtes System der steuerfinanzierten Leistungen zum Lebensunterhalt zu schaffen. Arbeitslosenhilfe darf nicht in Sozialhilfe umgewandelt werden.
13. Angesichts der erheblichen Ungleichverteilung des Vermögens bedarf es tarifpolitischer Initiativen und verbesserter gesetzlicher Rahmenbedingungen, um die Möglichkeiten zur Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise zu erhöhen. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Dessen ungeheure Konzentration verlangt aber auch eine Reform der Arbeitnehmermitbestimmung, die die Verfügungsmacht der Unternehmer wirkungsvoll kontrolliert und beschränkt. Zur Überwindung des Rückstandes der Ostdeutschen bei der Beteiligung am Haus- und Grundvermögen schlagen wir eine spezielle Förderung des privaten und genossenschaftlichen Wohneigentums in Ostdeutschland vor.
14. Angesichts der bestehenden Möglichkeiten der privaten Ansammlung von Geld und der daraus resultierenden Vererbung großer Vermögen müssen Anreize dafür geschaffen werden, dieses private Geld sozialen und kulturellen Strukturen zur Verfügung zu stellen. Dies sollte unter anderem steuerlich privilegiert werden. Die bestehenden Möglichkeiten zur Schaffung und Weiterentwicklung von entsprechenden Stiftungen sind daher zu verbessern.

Zivilgesellschaftliche Strukturen

15. Bürgerschaftliches Engagement setzt die aktive Einbeziehung der Bürger in politisches Handeln voraus. Zivilgesellschaftliche Strukturen sind hierfür eine

notwendige Voraussetzung. Der Staat ist darauf angewiesen, Strukturen gesellschaftlichen Engagements anzuregen und zu unterstützen.

16. Kommunalpolitik muss dies aktiv fördern durch politische Ermutigung, durch Moderation und durch die Bereitstellung von Sachmitteln sowie finanzieller Ressourcen. Zur Förderung des kommunalen Interesses an einer zielorientierten Beschäftigungspolitik ist die Verantwortung für die Beschäftigung im sozialen und kulturellen Bereich bei den Kommunen zu bündeln. Zu diesem Zweck ist die Finanzausstattung der Kommunen adäquat zu verbessern.